Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Inserate übernehmen ausserhalb Berlins: Bonn: M. Cohen. — Bremen: E. Schlotte, Wilh. Scheller. — Stettin: S. Salomon. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co. — Hamburg: Haasenstein & Vogler, Joh. Nootbaar, Adolf Steiner, William Wilkens. — Görlitz: C. Schoenwald. — Mainz: D. Frenz. — Minden: C. Marowski. —

Wien: M. Dukes, I., Wollzeile No. 6—8; A. Oppelik, I., Stubenbastei 2. — Frankreich, England und Belgien: Alleinige Annahme bei der Compagnie générale de Publicité Etrangère, John F. Jones & Cie. in Paris, 31bis rue du Faubourg Montmartre. — Schweiz: Orell Füssli & Co., Zürich.

Nr. 34. [32. Jahrgang.] Berlin, Freitag den 20. Januar 1893, Abends. [32. Jahrgang.] Nr. 34.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ erscheint täglich Morgens und Abends, mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen; bei besonderen Ereignissen in Extra-Ausgaben. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich **7 Mark 50 Pf., für das übrige Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei den betreffenden Postanstalten angenommen.** Für **Berlin** nehmen **sämmtliche Zeitungs-Spediteure** und die **Expedition** dieser Zeitung, **Wilhelmstraße 32,** Abonnements vierteljährlich zum Preise von **7 Mark 50 Pf.,** sowie die **Post-Expeditionen** für **8 Mark** inkl. Bestellgebühr entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition zum Preise von **40 Pf.** pro fünfgespaltene Petitzeile an. Beiträge für die **Redaktion** der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ sind an diese: **Berlin 48,** SW. **Wilhelmstraße 32,** zu richten, **und wird gleichzeitige Honorarangabe erbeten.**

Fernsprech-Anschluß Amt 6 Nr. 3248. Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung; unbenützte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden. **Fernsprech-Anschluß Amt 6 Nr. 3248.**

Für die Monate **Februar** und **März** eröffnen wir ein besonderes Abonnement zum Preise von ℳ **5.** Bestellungen werden bei allen **Reichs-Postanstalten,** in Potsdam bei **A. H. Pusch,** Kanal Nr. 10, außerdem in **Berlin** bei den **Zeitungs-Spediteuren** und in der Expedition der **„Nordd. Allg. Ztg.“,** Wilhelmstraße Nr. 32, angenommen.

Politischer Tagesbericht.

Berlin, 20. Januar.

Die Betrachtungen über den Erlaß der Minister des Innern und des Kultus vom 19. Dezember v. J., welche vor einiger Zeit der „Vossischen Zeitung“ von fachmännischer Seite zugegangen sind, enthalten, so viel wir zu sehen vermögen, neben Richtigem auch mancherlei irrthümliche Auffassungen, welche uns die Thätigkeit der Behörden bezüglich der Choleraverhütung in ein schiefes Licht zu setzen scheinen. Wenn in jenem Erlasse zunächst angeordnet wird, daß — besonders auf dem Lande — die Geistlichen und Lehrer mit herangezogen werden sollten, um den Behörden Mittheilung von choleraverdächtigen Erkrankungen zu machen, welche zu ihrer Kenntniß gelangen, und wenn ein Gleiches den Gendarmen zur Pflicht gemacht wird, so ist zunächst nicht recht abzusehen, was dies mit der dienstlichen Thätigkeit der Kreisphysiker zu thun hat. Letztere beginnt solchen verdächtigen Krankheitsfällen gegenüber erst, nachdem dieselben der Behörde gemeldet sind; die Meldepflicht liegt den behandelnden Aerzten, den Familienhäuptern, Gastwirthen ꝛc. gesetzlich ob, ist aber im verflossenen Jahre vielfach ungenügend erfüllt worden. Was die Feststellung der Natur solcher Krankheitsfälle durch bakteriologische Untersuchungen betrifft, so ist diese denn doch keineswegs eine so leichte, wie anscheinend vielfach angenommen wird. Diese Untersuchungen erfordern bei Anwendung derjenigen Methoden, welche heute zu Tage als allein zuverlässig betrachtet werden können — und andere Untersuchungen haben nicht nur keinen Nutzen, sondern können vielmehr Schaden stiften — bei Weitem mehr, als ein Arzt, selbst wenn er bereits ein tüchtiger Mikroskopiker wäre, in kurzer Zeit erlernen kann.

Nach Koch's Auffassung bedarf es hierzu einer mehrmonatigen, ausschließlich dem Gegenstande gewidmeten Arbeit. Außerdem erfordern diese Untersuchungen kostspielige Instrumente und Apparate, welche sich im Besitze der meisten Physiker nicht befinden. Wollte man aber hiervon auch absehen, so sind die Medizinalbeamten in Zeiten allgemeiner Choleragefahr und beim Herrschen einer Epidemie in ihrem Kreise schon deshalb garnicht in der Lage, jene zeitraubenden und mühevollen Untersuchungen mit der erforderlichen Ruhe und Sicherheit auszuführen, weil sie alsdann neben ihren gewöhnlichen Dienstgeschäften mit den die Abwehr der Cholera betreffenden Maßnahmen überreichlich zu thun haben, zumal wenn sie durch ihre privatärztliche Praxis mehr oder weniger in Anspruch genommen sind. Wie der Physikus als Gerichtsarzt in Vergiftungsfällen zur Feststellung der Todesart in der Regel des Chemikers bedarf, so bedarf er zur sicheren Feststellung der zweifelhaften Cholerafälle in der Regel eines spezialistisch geschulten Bakteriologen. Es ist daher, wie wir auf unsere Erkundigung zuverlässig erfahren haben, in Aussicht genommen, eine Anzahl tüchtiger, mit bakteriologischen Untersuchungen bereits vertrauter Aerzte hygienischen Universitätsinstituten alsbald zuzuweisen, um sie für die bakteriologische Feststellung der Natur choleraverdächtiger Erkrankungsfälle so weit fortzubilden, daß sie mit der möglichsten Schnelligkeit und vollkommener Zuläßigkeit die erforderlichen Untersuchungen auszuführen im Stande sind. Dieselben sollen in dieser Uebung bei den Instituten einstweilen verbleiben, bis ihre praktische Verwendung an Orten, wo dies erforderlich erscheinen sollte, von der Zentralbehörde angeordnet wird. Dabei werden, wie im vorigen Jahre, die hygienischen Universitätsinstitute selbst, wenn nöthig, sich mit den gleichen Untersuchungen beschäftigen. Auch in dieser Beziehung dürften die bestimmtesten Anweisungen bereits ergangen sein.

Ferner sind Verhandlungen im Gange, um für einzelne Städte, für welche dies nach den gemachten Erfahrungen zweckmäßig erscheint, die Einrichtung besonderer bakteriologischer Untersuchungsstationen schon jetzt vorzubereiten.

Außerdem wird beabsichtigt, eine größere Anzahl von Physikern zu einem gemeinschaftlichen Kursus zu versammeln, in dem ihnen von einem besonders hierfür geeigneten Spezialisten Vorträge über Cholera vom epidemiologischen Standpunkte gehalten werden sollen, welche das Ziel verfolgen, die Medizinalbeamten noch besonders darin zu unterweisen, wie sie am Zweckmäßigsten und Erfolgreichsten die Erledigung der mannigfachen Aufgaben anzufassen haben, die ihnen erwachsen, wenn die Cholera einen Landstrich bedroht, oder in demselben ausgebrochen ist. Diese Physiker sollen, soweit die Verhältnisse es gestatten, an Orten, wo besondere Kräfte in Anspruch genommen werden müssen, zeitweise Verwendung finden. Gerade hierzu — nur ausnahmsweise zur Anstellung bakteriologischer Untersuchungen — sind im verflossenen Jahre Militairärzte herangezogen worden, da diese von den Militairbehörden, deren bereitwilliges Entgegenkommen nur dankbar anzuerkennen ist, abkommandirt werden können, während die Physiker im Allgemeinen zur Zeit der Choleragefahr in ihren eigenen Kreisen nicht oder doch nur in besonderen Einzelfällen entbehrt werden können.

Anlangend die praktischen Aerzte, so steht ihnen die Theilnahme an den bakteriologischen Kursen, welche an den hygienischen Universitäts-Instituten abgehalten werden, jeder Zeit frei. Sobald aus den betheiligten Kreisen eine Anregung wegen Abhaltung epidemiologischer Cholerakurse gegeben werden sollte, würden solche zweifellos eingerichtet werden. Und selbst ohne eine derartige Anregung wird, wie wir hören, rechtzeitig Alles geschehen, was unter den obwaltenden Umständen möglich und zweckmäßig erscheint, um der etwa drohenden Gefahr thunlichst gerüstet entgegentreten zu können.

Im Etat des **Staatsministeriums** waren für das laufende Jahr 99 000 ℳ ausgeworfen, von denen 54 000 ℳ für die Kompetenzen des Präsidenten des Staatsministeriums (36 000 ℳ Gehalt und 18 000 ℳ Repräsentationskosten) und 45 000 ℳ für diejenigen des Vizepräsidenten dienen sollten. Im Etat für 1893/94 sind jedoch für beide Zwecke zusammen nur 54 000 ℳ ausgeworfen, indem es sich empfiehlt, unter Verzicht auf die im vorigen Etat für den Vizepräsidenten ausgebrachten Kompetenzen, das ausgeworfene, zur Zeit nicht zahlbare Gehalt etatsmäßig in der Form bereit zu stellen, daß es erforderlichenfalls zur Besoldung entweder des Präsidenten oder des Vizepräsidenten des Staatsministeriums verwendet werden kann.

Zur Ermiethung der freien Dienstwohnung für den Präsidenten oder den Vizepräsidenten des Staatsministeriums sind außerdem 18 000 ℳ in den Etat eingestellt.

Einem in der Steuerkommission des Abgeordnetenhauses geäußerten Wunsche entsprechend hat der Finanzminister darstellen lassen, wie die Umwandlung der staatlichen Realsteuern in Kommunalsteuern unter Berücksichtigung des Wegfalls der Kommunaleinnahmen aus dem Ertrage der landwirthschaftlichen Zölle bezüglich der Stadtkreise wirken würde. Die Gemeinderealsteuern aller Art betragen in Prozenten der Staatsrealsteuern beispielsweise in Berlin 50,31, in Altona 263,38 in Kiel 188,18, in Hamburg 120,40, in Hildesheim 114 46 und in Linden 118,12. Bei Ueberweisung der Staatsrealsteuern unter Fortfall der Ueberweisung nach dem Gesetz vom 14. Mai 1885 würde der **Restbetrag an Gemeinde-Einkommensteuer,** in Prozenten der Staats-Einkommensteuer ausgedrückt, sich berechnen in Berlin auf 28,63, in Köln auf 102,36, Magdeburg 106,32, Mühlhausen i. Th. 106,58, Trier 109,83, Nordhausen 113,02, Altona 114,92, Dortmund 116,45, Frankfurt a. O. 119,87, Düsseldorf 127,43, Brandenburg a. H. 132,93, Kiel 133,47, Bielefeld 142,06, Linden 143,01, Erfurt 144,17, Kottbus 145,84, Essen 146,27, Bromberg 147,76, Danzig 149,33, Königsberg i. Pr. 149,89, Remscheid 153,54, Hagen 174,37, Landsberg a. W. 174,76, Guben 177,28, Beuthen O./S. 182,00, Duisburg 189,74, Spandau 192,53, Barmen 206,33, Elbing 211,49, Elberfeld 215,89, Flensburg 228,88, M.-Gladbach 251,04, Krefeld 255,92.

In der heutigen (26.) Plenarsitzung des **Reichstages,** welche Präsident v. Levetzow um 1¼ Uhr eröffnete, wurde demselben zunächst die für das Präsidium erbetene Ermächtigung ertheilt, Sr. Majestät dem Kaiser zu Allerhöchstdessen bevorstehendem Geburtstage die ehrfurchtsvollen Glückwünsche des Hauses darzubringen. Nachdem dann zunächst ein Bericht der Reichsschuldenkommission ohne Debatte der Rechnungskommission überwiesen war, wurde die erste Berathung der Börsensteuervorlage fortgesetzt. Abg. Graf Arnim spricht sich für die Vorlage aus und wiederlegt die derselben vom Vorredner entgegengehaltenen Bedenken. Zugleich spricht er, selbst Mitglied der Börsen-Enquetekommission, die Hoffnung aus, daß deren Berathungen die wünschenswerthe Reform des Börsenwesens herbeiführen würden, auch ist er dem Herrn Schatzsekretair dafür dankbar, daß derselbe gestern ausdrücklich betont hätte, daß die Vorlage jene Reform in keiner Weise zu durchkreuzen beabsichtige. Abg. Frhr. v. Pfetten erklärt, daß die Zentrumsfraktion der Vorlage freundlich gegenüberstehe. Nothwendig sei es durchaus, die illegitimen Börsengeschäfte, durch welche Landwirthschaft und Industrie schwer geschädigt würden, zu beschränken. Einverstanden ist er mit der Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission, welche dieselbe gründlich zu prüfen haben werde. Abg. Funck (freis.) spricht gegen die Vorlage. Abg. Gamp theilt die Erwartung des Abg. Grafen Arnim, daß die Berathungen der Börsen-Enquetekommission dazu führen werden, diese Mißstände an der Börse in erheblichem Umfange zu beseitigen. Was die Vorlage selbst betreffe, so stehe er prinzipiell auf dem Standpunkt derselben. Indeß halte er eine größere Individualisirung für wünschenswerth: die Emissionsgeschäfte müßten höher, die Umsatzgeschäfte niedriger besteuert werden. Im Uebrigen giebt er der Kommission mehrere Punkte zur Erwägung. Staatssekretair des Reichs-Schatzamts Frhr. v. Maltzahn legte rechnerisch dar, daß durch die Vorlage den Provinzialbankiers der Kundenkreis nicht geschmälert werden würde. Beim Schluß des Berichts hat Abg. Dr. Siemens (freis.) das Wort.

Zur **Militairvorlage** gehen uns aus den Provinzen zahlreiche Zuschriften zu, welche insgesammt die allgemeine Stimmung dahin präzisiren, daß die Sicherstellung des Vaterlandes gegen etwaige äußere Gefahren die oberste Richtschnur für die Beurtheilung der Vorlage sein und bleiben müsse. Bei der großen Inanspruchnahme des Zeitungsraumes und der Leser durch die Parlamentsverhandlungen und die Tagesereignisse erscheint es undurchführbar, alle diese Zuschriften wiederzugeben; wo aber bisher minder besprochene Momente des großen Problems berührt werden, das augenblicklich unser Volk beschäftigt, theilen wir dieselben gerne so vollständig als möglich mit.

In einer der erwähnten Zuschriften aus **Magdeburg,** 18. Januar, wird ausgeführt:

Die Besprechung der Militairvorlage in der Kommission am 16. Januar läßt, wie das ja auch in der Presse mit mehr oder weniger Befriedigung zugegeben wird, deutlich erkennen, daß langsam und still, aber sicher, in den parteiführenden Kreisen Erwägungen zum Durchbruch kommen, welche der Regierungsvorlage förderlich sind. Von besonderem Interesse waren die Ausführungen eines Vertreters des Zentrums, des Frhrn v. Buol-Berenberg. Derselbe stellte den Satz voran, daß die Vorlage von der Zustimmung des größesten Theils der Nation getragen sein müsse, wenn sie auf Annahme rechnen solle, und bezweifelte das Vorhandensein einer solchen Zustimmung. Soweit ein „Wilder“ mit nationalen Grundanschauungen, der — vollkommen unabhängig — mitten im Volke steht, den Parteiführern gegenüber eine Meinung zu haben und sie auszusprechen sich erlauben darf, ist die Militairvorlage in weiten Volkskreisen genehmer, als man im Reichstage glaubt. — Es kann auf die Dauer, trotz der auffallend zurückhaltenden Stellung der Presse, den Landwehrleuten nicht unklar geblieben sein, daß diese Regierungsvorlage den nichtaktiven wehrpflichtigen Männern eine ungeheure Erleichterung verspricht, während sie für die jungen von Pflicht und Rechts wegen dienstpflichtigen Mannschaften eine Forderung der Gerechtigkeit bedeutet, der sich unter heutigen Verhältnissen kein ehrliebender Deutscher entziehen kann und darf, wofern er die physischen Kräfte besitzt, welche die Dienstpflicht erheischt. — Es sei hier offen ausgesprochen, daß nicht allein und nicht in erster Reihe die Gefahr eines Krieges uns dazu bewegen muß, die allgemeine Dienstpflicht zur thatsächlichen Durchführung zu bringen: Die militairische Erziehung aller, aber auch aller jungen diensttauglichen Männer unseres Volkes ist eine nationale Forderung, der wir uns auf die Dauer nicht entziehen können. — Die Schule allein kann die Erziehung aller Volksgenossen nicht sichern und noch viel weniger vollenden: die Erziehung zu den Waffen, der militairische Gehorsam, die Gewöhnung, einem festen, nach bestimmten Gesetzen handelnden Willen sich unterzuordnen, und die Erfahrung, daß durch diese Unterordnung bestimmte Erfolge ermöglicht und erreicht werden, — das sind Eindrücke, die festsitzen bleiben, die dem ganzen späteren Denken und Handeln den Stempel des Pflichtgefühls aufdrücken.

Die militairische Erziehung aller Waffenfähigen ist doch nur die Konsequenz unserer nationalen Entwickelung! Alle nationalen Parteien müssen diese Konsequenz mit der Regierung ziehen, oder sie verzichten auf das Recht, sich national zu nennen. Die Steuerfrage soll ein anderes Mal berührt werden: heute sei nur noch ein Punkt gestreift, den wir bisher nicht erwähnt fanden. Fällt die Regierungsvorlage, so würde damit auch das Ansehen und die volkswirthschaftliche Kraft des Reiches sinken. Geht die Vorlage durch, so ist der Welt gesagt, daß das deutsche Volk seiner selbstgewählten, schwer erkämpften Bahn weiter zu folgen gewillt und befähigt ist. Dem Niedergang unserer volkswirthschaftlichen Lage muß durch die Annahme des Gesetzes der thatsächlich durchgeführten allgemeinen Wehrpflicht sofort ein Halt geboten sein. Die Welt wird erkennen, daß das deutsche Volk seiner Kraft sich noch bewußt ist, nicht weniger als zur Zeit, da es seine Siege erkämpfte, da es das Deutsche Reich neu erschuf und die Führung übernahm. Der nationale Aufschwung muß auch einen wirthschaftlichen Aufschwung im Gefolge haben! Das mögen Alle wohl überlegen, die über das Wohl und Wehe der Nation zu beschließen haben!

H. R.

Rundschau im Auslande.

Aus mehreren Anzeichen, welche während der letzten Tage in der **Pariser** Presse hervorgetreten sind, konnte der Schluß gezogen werden, daß die Orleanisten demnächst mit einer offiziellen Kundgebung in den bereits sich vorbereitenden Wahlkampf eintreten würden. Es ist dies nunmehr geschehen. Der Beauftragte des Grafen von Paris, Graf d'Haussonville, richtete an Herné, Direktor des „Soleil“, ein längeres Schreiben, in welchem die Grundzüge des Programmes einer orleanistischen Partei entworfen werden. In dem Schreiben wird ausgeführt, die Regierung sei unter den gegenwärtig herrschenden Umständen ohnmächtig. Die Monarchisten müßten die Leitung der Bewegung der öffentlichen Meinung übernehmen und sich an die Spitze derselben stellen. Man müsse eine Liga der öffentlichen Ehrlichkeit und der Vertheidigung der gesellschaftlichen Ordnung bilden, da die Regierung durch die Sorge um die Vertheidigung der Republik absorbirt sei. Die Organisation der monarchistischen Propaganda sei vollständig bereit. Man müsse alle Allianzen suchen, konservative und liberale ohne Unterschied. Er (d'Haussonville) werde bei dem Eintritt der Wahlen bestimmte Instruktionen bekannt geben. Da gegenwärtig die Konservativen nicht einig seien, solle die Frage der Regierungsform vor den Wählern nicht aufgeworfen werden. Inzwischen müsse man sich für den Wahlkampf und für einen etwaigen unvorhergesehenen Fall vorbereiten, da eine schwere Krisis unvermeidlich sei. Wenn das Land der Republik überdrüssig sei und nach etwas Anderem verlangen würde, so würde die monarchistische Partei gewaffnet sein, um die Sache der öffentlichen Ordnung zu vertheidigen.

Eine gestern zu **London** stattgehabte Versammlung von Deputirten des Unterhauses nahm einstimmig eine Resolution an, alle Mitglieder des Unterhauses aufzufordern, einem Gesetzentwurf ihre Zustimmung zu geben, durch welchen die Einwanderung armer Ausländer in England verhindert wird. Der Deputirte James Lowther erklärte, er werde gegebenen Falles zur Antwortadresse auf die Thronrede bei Eröffnung des Parlaments ein bezügliches Amendement beantragen.

Sir West Ridgeway ist für heute zur Königin nach Osborne berufen. Derselbe wird am Sonntag über Paris und Madrid nach Gibraltar abreisen, von wo er sich auf einem englischen Kriegsschiff nach Tanger begeben wird.

Ueber die parlamentarische Lage in **Oesterreich** wird der „Allg. Ztg.“ von einem wohlunterrichteten Korrespondenten geschrieben:

Das österreichische Abgeordnetenhaus hat bei seinem Wiederzusammentritte am 17. d. M. wohl bezüglich der Präsidentschaft eine Veränderung, rücksichtlich der Frage der Schaffung einer neuen Majorität aber keine solche vorgefunden. Daß das Urlaubsgesuch Dr. Smolka's für unbestimmte Zeit nur das Vorspiel seines Rücktrittes sei, gilt als ausgemachte Sache. Wahrscheinlich hat Dr. Smolka das Urlaubsgesuch vorgezogen, damit vorläufig keine Verlegenheit wegen der Neuwahl des Präsidenten entstehe, denn der Regierung muß daran gelegen sein, daß diese Neuwahl erst vorgenommen werde, wenn die Verhandlungen über die Schaffung einer neuen Majorität und über das Programm zum Abschluß gebracht sein werden. Die Regierung glaubt, jetzt keine Kraftproben der Parteien brauchen zu können, und die Parteien werden ihr auch, so lange die Verhandlungen dauern, den Gefallen thun und Gewehr bei Fuß einander gegenüberstehen. Das Budget wird sich auf diese Weise vielleicht ohne Kämpfe erledigen lassen.

In der Prager Stadtverordnetensitzung von gestern hielt gegen den vom Stadtrath genehmigten Beitrag von jährlich 1000 fl. für das Huß-Denkmal Kanonikus Dr. Kraal eine heftige Rede, in welcher er namens der katholischen Bevölkerung Prags gegen die Geldbewilligung protestirte. In Folge heftiger Antworten seitens der Jungtschechen kam es zu stürmischen Szenen, so daß die Debatte schließlich abgebrochen werden mußte.

Der König von **Rumänien** wird am Montag nach Bukarest zurückkehren. Der Thronfolger hält am 3. Februar seinen Einzug, und werden zu seinem Empfange noch nie dagewesene Vorbereitungen getroffen, zu welchen die Stadtbehörde 50 000 Frcs. genehmigte.

Nachrichten aus **Tanger** zufolge übergab der marokkanische Minister des Auswärtigen dem britischen Geschäftsträger Elliot die Summe, welche als Entschädigung für die Ermordung des britischen Unterthanen Juan Trinidad festgesetzt ist.

Nach einer Meldung des „Standard“ aus **Teheran** sind die weiteren Arbeiten an der Eisenbahn, von welcher die 30 Werst lange Strecke Teheran-Koom fertiggestellt war, aufgegeben worden. Die Eisenbahn-Baugesellschaft hat auf die ertheilte Konzession verzichtet.

Parteibewegung.

* Eine Versammlung von etwa 80 Gutsbesitzern und Landwirthen aus dem Wirsitzer, Bromberger und benachbarten Kreisen, einberufen von Major v. Witzleben-Witzleben und Graf v. d. Goltz-Czayeze, fand am Dienstag in Nakel statt, in der die Nothlage der Landwirthschaft zur Besprechung kam und Mittel zur Abhülfe berathen wurden. Es wurde beschlossen, eine weitere Versammlung in Bromberg abzuhalten. Zur Begründung einer politischen Presse, welche die Wahl unabhängiger konservativer Männer jeden Standes, die energisch die landwirthschaftlichen Interessen im Parlament vertreten und sich darauf verpflichten, dauernd in Verbindung mit ihren Wählern zu bleiben, wurden 1000 ℳ gezeichnet. Jedes Mitglied soll, nach dem „Ostd. Lokal-Anz.“, 15 pCt. der Einkommensteuer zu Parteizwecken, speziell zur Begründung und Unterstützung dieser Presse zahlen.

Parlamentarisches.

* In der gestrigen Sitzung der Budgetkommission des Reichstages wurden die Postbauten für Schneidemühl, Greifswald, Danzig, Forst, Elberfeld, Mühlheim a. Rh. und Sagan nicht, wie irrthümlich gemeldet, abgelehnt, vielmehr, entgegen dem Antrage der Minorität, bewilligt.

* Die Reichstagskommission für die lex Heinze setzte auch heute die Erörterungen über den neu beantragten Abs. 2 des § 180 fort, welcher das Vermiethen von Wohnungen an polizeilich beaufsichtigte Personen für straflos erklärt, wenn die Vermiethung unter Beobachtung der hierüber erlassenen polizeilichen Vorschriften erfolgt. Seitens der Mitglieder der nationalliberalen und der Reichspartei wird die Nothwendigkeit polizeilicher und ärztlicher Kontrolle betont, jedoch ohne Einführung von Toleranzhäusern, sondern durch eine gewisse Lokalisirung, und ein dahin gehender Abänderungsvorschlag gemacht. Die Vertreter der freisinnigen und der sozialdemokratischen Partei wenden sich gegen den in der Vorlage empfohlenen Weg. Ihren Ausführungen treten die Regierungskommissare entgegen. Abg. v. Holleuffer (kons.) legt Werth darauf, ausdrücklich zu konstatiren, daß seine Aeußerung im Plenum vielfach mißverstanden worden sei. Er habe sich nicht für Einführung von Toleranzhäusern ausgesprochen, sondern nur die „Kasernirung“, das heißt „potenzirte Lokalisirung“, empfohlen. — Die Berathungen werden morgen fortgesetzt.

Deutsches Reich.

Hof- und Personal-Nachrichten.

Berlin, 20. Januar.

* Se. Majestät der Kaiser und König brachte die gestrigen Nachmittagsstunden mit Erledigung von Regierungs-Angelegenheiten im Arbeitszimmer zu. Am Abend um 7½ Uhr fand bei den Majestäten im Rittersaal des hiesigen Schlosses eine Defilircour statt, zu welcher auch sämmtliche zur Zeit hier anwesende Mitglieder der königlichen Familie und die bereits hier eingetroffenen hohen fürstlichen Gäste mit ihren Gefolgen erschienen waren.

Während der heutigen Vormittagsstunden arbeitete Se. Majestät der Kaiser allein. Nachmittags 1 Uhr ertheilte Allerhöchstderselbe dem Hofbuchhändler Töche, Inhaber der Firma Mittler u. Sohn, die nachgesuchte Audienz.

* Ihre Majestät die Kaiserin Friedrich unternahm gestern Nachmittag eine Spazierfahrt. An der Cour bei den kaiserlichen Majestäten (siehe unten) am Abend nahm Ihre Majestät nicht Theil.

* Se. königl. Hoheit der Prinz Heinrich begab sich vorgestern Abend zum kommandirenden Admiral Freiherrn v. d. Goltz, um einer Einladung desselben zum Diner zu entsprechen. — Gestern Vormittag statteten Prinz und Prinzessin Heinrich beim Prinzen und der Prinzessin Aribert von Anhalt einen Besuch ab und unternahmen am Nachmittage eine Spazierfahrt nach Charlottenburg. — Am Abend begab sich der Prinz und die Prinzessin Heinrich mit den anderen Herrschaften zur Cour nach dem königlichen Schlosse.

* Se. Durchlaucht der Erbprinz und Ihre königl. Hoheit die Erbprinzessin von Hohenzollern kamen mit ihrer Begleitung am gestrigen Nachmittage von Potsdam nach Berlin und stiegen im Hotel Continental ab. Am Abend begaben Höchstdieselben sich zur Cour ins königliche Schloß.

* Se. kaiserliche Hoheit der Großfürst Thronfolger von Rußland wird, wie nunmehr bestimmt, am Dienstag, den 24. d. M., Abends 9 Uhr 30 Minuten, auf Bahnhof Friedrichstraße in Berlin eintreffen und im russischen Botschaftshotel Wohnung nehmen.

* Se. Majestät der König von Dänemark, sowie auch Se. königl. Hoheit der Herzog von Cambridge werden, nach den nunmehr hier eingegangenen definitiven Nachrichten, wegen der bereits bekannten Umstände zu den Vermählungsfeierlichkeiten nicht nach **Berlin kommen.**

* Se. Durchlaucht Georg Erbprinz zu Schaumburg-Lippe trifft in Begleitung seines Adjutanten, des Oberstlieutenants Franke, zur Geburtstagsfeier Sr. Majestät des Kaisers und Königs hier ein und nimmt in British Hotel Wohnung.

* Ueber die Toiletten bei der gestrigen Cour bei Hofe erhalten wir einen längeren Bericht, aus welchem wir, jedoch ohne Gewähr für die Einzelheiten, Folgendes wiedergeben:

Der Kaiser trug den rothen Galarock der Gardes du Corps mit allen preußischen Orden, voran das Orangeband des hohen Ordens vom Schwarzen Adler. Ihre Majestät die Kaiserin erschien in goldschillernder silbergestickter Schleppe mit Band und Stern des höchsten preußischen Ordens, mit den großen Kronbrillanten in Kollier und Diadem und dem langen weißen Schleier. Von den Damen zunächst dem Thron stand die Prinzessin Heinrich in weißer Toilette mit Schleppe aus Silberbrokat, Brillanten und Perlen im Kollier und im Diadem auf dem schönen blonden Haar. Die Frau Erbprinzessin von Sachsen-Meiningen strahlte in einer überaus kostbaren Toilette aus rosa Sammet mit entzückender Silberstickerei, dazu Schleppe von rosa drap d'argent, als Schmuck ein wunderbares Brillantdiadem, ein großes Kollier aus Brillanten und Broschen aus denselben Edelsteinen. Die Schwester, Prinzessin Victoria zu Schaumburg-Lippe, war in eine Robe von Goldbrokat gehüllt; an der goldgestickten Taille leuchtete ein frischer Rosenstrauß neben Perlen und Brillanten, die auch das Haar zierten. Die jüngste der Töchter der Kaiserin Friedrich, die selbst der Cour fern geblieben war, Prinzessin Margarethe, war ganz in Weiß gekleidet, eine Farbe, welche dem sympathischen, immer huldvollen Ausdruck ihrer Züge etwas Feierliches gab. Die Schleppe zeigte eine äußerst reiche und geschmackvolle Goldstickerei, welche auch die Taille und Aermel der Robe zierte. Eine Rivière von Brillanten umschloß den Hals und ein Brillantendiadem erhob sich aus dem kurz frisirten Haar. Prinzessin Albrecht erschien in rother Sammetschleppe mit reichster Goldstickerei und einem hohen Diadem aus Brillanten und birnenförmigen Perlen, die auch das Halsgeschmeide bildeten. Die meisten der fürstlichen Damen trugen helle Schleppen mit gleichen Toiletten, doch alle mit reicher Gold- und Silberstickerei. Neben der Kaiserin stand deren Ober-Hofmeisterin, Gräfin Brockdorff, um ihrer Herrin die zum ersten Male am Hofe erscheinenden Damen, verheirathete und unvermählte, vorzustellen. Die Reihe der inländischen Damen aus den Fürstinnen eröffnete die Fürstin zu Stolberg-Wernigerode, die eine Schleppe von ungeheurem Werthe trug, crêmefarbigen Goldbrokat mit entzückenden Blumen und Arabesken, dazu ein hohes Diadem aus Perlen und Brillanten und eine fünfreihige Perlenschnur um den Hals. Schleppe und Taille waren mit kostbarem Zobel besetzt. Es defilirten danach die Fürstin zu Hatzfeldt-Trachenberg, die Fürstin Radziwill, und unter den jüngeren fürstlichen Damen die vor zwei Jahren bei Hofe vorgestellte Prinzessin Marie zu Stolberg-Wernigerode, welche über einer weißen Crêpe de Chine-Tüllrobe eine Schleppe von Silberbrokat trug. Die ganze Cour wurde von Marschweisen begleitet, nach deren Rythmen sich die Damen und Herren bewegten. Die neu vorgestellte Baronin v. Sp. erschien in smaragdfarbiger, reliefgoldbestickter Sammetschleppe, deren Robe mit duftigen goldig schimmernden Gazeflittern empireartig garnirt war; die Tochter war in zarter rosa Courrobe. Gräfin P. trug eine rosa Velours-Epingleschleppe mit hängenden gelben Akazien als Franze; Frau v. Sp. eine vesuvfarbige Sammetschleppe mit großen Spitzenkokarden und goldgelbem Unterkleide; deren beide neu eingeführte Töchter erschienen in rosa Seidenschleppen mit duftiger Gaze und zerstreuten Margueritessträußen; Gräfin F. in russisch-grüner Seidenschleppe mit abschattirtem Brokatkleid; die beiden schlanken Gestalten der Komtessen S. in sehr aparten rosa Atlasschleppen mit großen Zweigen von gelben Marguerites; Gräfin D. in Lila mit Silberbrokat